



5/SN-253/ME

# ÖSTERREICHISCHER RECHTSANWALTSKAMMERTAG

An das  
 Bundesministerium für öffentliche  
 Wirtschaft und Verkehr  
 Radetzkystraße 2  
 1031 W i e n

BUNDESMINISTERIUM FÜR ÖFFENTLICHE WIRTSCHAFT UND VERKEHR
Zl. <i>122</i>
Datum: 11. NOV. 1992
Verteilt <b>12. Nov. 1992</b>

DVR: 0487864

Zl. 319/92

PW/NC

*D. Klausgraber*

**Betrifft:** Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Kraftfahr-  
 gesetz 1967 geändert wird (15. Novelle zum KFG 1967)  
 Zl. 124.115/112-I/2-92

Sehr geehrte Damen und Herren!

Das Bundesministerium für öffentliche Wirtschaft und Verkehr übermittelte mit Schreiben vom 09.10.1992 den Entwurf einer Novelle zum Kraftfahrzeuggesetz 1967 samt Erläuterungen mit der Bitte um Stellungnahme bis 10.11.1992.

Der Österreichische Rechtsanwaltskammertag bedankt sich für die Einladung und erlaubt sich, die nachstehende Stellungnahme abzugeben.

Durch den Entwurf der vorliegenden Novelle soll die Angleichung des Kraftfahrzeuggesetzes im Sinne des EWR-Abkommens an die Normen der EG erfolgen.

Es bestehen daher keine grundsätzlichen Bedenken gegen Fassung und Inhalt des vorliegenden Entwurfes.

- 2 -

Die Übertragung von kraftfahrrechtlichen Kontrollen auf die Organe der Zollwache im Zusammenhalt mit den zollrechtlichen Tätigkeiten wird nicht nur eine Erweiterung und Vertiefung der Ausbildung, sondern auch eine Aufstockung der Dienstposten erfordern, wenn dem Wortlaut und dem Sinn des Gesetzes entsprochen werden soll.

Ob und inwieweit Vorbereitungen dafür eingeleitet worden sind, kann dem Entwurf nicht entnommen werden.

Wien, am 09. November 1992

DER ÖSTERREICHISCHE RECHTSANWALTSKAMMERTAG



**Dr. Schuppich**

Für die Richtigkeit der Ausfertigung  
der Generalsekretär